



BLAUER BOTE

IHRE ZEITUNG FÜR LICHTENBERG · AUSGABE WINTER 2022



Bezirksverband
Lichtenberg

Energie- krise

Interview mit
Steffen Kotré
Seite 2



Sportvereine unterstützen

Schwimmbäder
in Gefahr!
Seite 5



An wen vermietet die HOWOGE?

Mittelstand hat
keine Chance!
Seite 4



Editorial

von Falk Rodig



Liebe Lichtenberger,

“Ich sehe was, was du nicht siehst” ist ein altes Kinderspiel. Für den einen ist sichtbar, was der andere nicht sieht. Erwachsene scheinen sich heute auf ähnliche Weise zu unterhalten: Wir leben im selben Land und sehen doch die Lage völlig verschieden. Für den einen ist offenkundig, was der andere nicht wahrnimmt (oder wahrhaben will).

Einige meinen, die Masseneinwanderung sei unabwendbar; einige meinen, die Bekämpfung von Corona rechtfertige die Verweigerung von Grundrechten; manche meinen, die Wohnungsnot sei durch Nachverdichtung zu lösen; manche glauben daran, unsere Kinder würden in der Schule noch Lesen und Schreiben lernen – (leider nicht: 47 % der Berliner Grundschüler erreichen die Mindeststandards in Lesen und Schreiben nicht).

Wir von der AfD sehen unsere Stadt und unser Land in einer schweren Krise, aus der wir ausschließlich mit alternativer Politik herauskommen können. In der vorliegenden Zeitung schreiben wir über alternative Politik in den Bereichen Energie, Verkehr, Schule, Inflation, Wohnen, Gesundheit, Kultur.

Die AfD in Lichtenberg stellt sich als Ihre Alternative vor – hart, aber gerecht.

IHR FALK RODIG
BEZIRKSSPRECHER DER
AFD LICHTENBERG



Wahlwiederholung

Das Wahlchaos von 2021 muss korrigiert werden.

Wir sind es gewohnt, dass vieles in Berlin nicht funktioniert. Denken wir nur an den Flughafen, die Bürgerämter oder die Dauerbaustellen im Straßenverkehr. Das Chaos bei den vergangenen Wahlen hat allerdings eine neue Dimension. Tausende Berliner konnten nicht wählen, Wahlzettel wurden vertauscht oder einfach nachgedruckt, Ergebnisse wurden nachträglich „korrigiert“.

Schon am Wahlabend habe ich auf die Mängel hingewiesen und eine unabhängige Untersuchung der Vorkommnisse gefordert. Auch der Bundeswahlleiter, zahlreiche Rechtswissenschaftler und sogar die Wahlbeobachter von der OSZE haben Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Wahlen geäußert.

Der Landesvorstand der AfD Berlin hat deshalb beschlossen, Akteneinsichten in

den Bezirken zu nehmen und einen Antrag beim Landesverfassungsgericht einzureichen. Gemeinsam mit unserem Justiziar Uwe Kaspar haben wir am 29. November 2021 unsere Klage beim Landesverfassungsgericht eingereicht (siehe Foto oben). Diese Klage war u.a. Grundlage der Gerichtsanhörung am 28. September 2022, in der das Verfassungsgericht unserer Einschätzung mehr als gefolgt ist.

WEITER AUF SEITE 2

FORTSETZUNG TITELSEITE

In einer denkwürdigen Gerichtsverhandlung sagte die Präsidentin des Berliner Verfassungsgerichtshofs, Ludgera Selting, dass die dokumentierten Wahlpannen nur „die Spitze des Eisbergs“ darstellten und deshalb viel für eine „vollständige Ungültigerklärung der Abgeordnetenhauswahl vom 26. September 2021 und der Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen“ spreche. Nur durch eine komplette Wahlwiederholung könne Verfassungskonformität wiederhergestellt werden.

Am 16. November 2022 fällt das Verfassungsgericht nun sein endgültiges Urteil und ordnete eine Wahlwiederholung an. Das gilt zunächst nur für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen, da die Beschwerden zur Bundestagswahl nicht vor dem Verfassungsgerichtshof von Berlin, sondern im Wahlprüfungsausschuss des Deutschen Bundestags verhandelt werden. Sollte

das Berliner Landesverfassungsgericht seiner Einschätzung vom September treu bleiben und eine Wahlwiederholung anordnen, muss innerhalb von drei Monaten nach dem Urteil gewählt werden. Wir müssen uns also auf einen Wahltermin im Februar einstellen.

Die Wahlwiederholung bietet die einmalige Chance, das enttäuschende Ergebnis von 2021 zu korrigieren.

Für unseren Landesverband ist die Wahlwiederholung ein großer Erfolg. Zum einen, weil es unsere Beschwerde war, die vor dem Landesverfassungsgericht verhandelt wurde und zur gerichtlichen Aufarbeitung der Wahlpannen geführt hat. Wir haben unserer Demokratie damit einen großen Dienst geleistet. Keine andere Partei im Abgeordnetenhaus hat Einwände gegen das Wahlchaos gehabt.

Zum anderen bietet die Wahlwiederholung die einmalige Chance, das enttäuschende Ergebnis von 2021 zu korrigieren und im Februar 2023 mit einem deutlich stärkeren Team ins Abgeordnetenhaus einzuziehen.

Wir müssen diese Chance ergreifen und in den kommenden Monaten noch mehr Berliner von unseren Positionen überzeugen. Sowohl im Bund als auch im Land sind unsere Umfragewerte zuletzt gestiegen, und ich bin zuversichtlich, dass wir unser Ergebnis in den kommenden Monaten noch verbessern werden. Gerade in diesem Winter, in dem die katastrophalen Folgen politischer Fehlentscheidungen in der Energie-, der Geld- oder der Migrationspolitik immer deutlicher zutage treten, braucht Berlin die Alternative für Deutschland. Ich freue mich auf unseren gemeinsamen Wahlkampf. Packen wir es an!

~DR. KRISTIN BRINKER

Energiepolitik im Fokus

Interview mit Steffen Kotré, Energiepolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion

Der Energiepolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Steffen Kotré gibt Antwort auf die drängendsten energiepolitischen Fragen.

Welche Auswirkungen hat die Beschädigung der Pipelines Nordstream 1 und 2 für die deutsche Energieversorgung?

Wir haben nun keine Möglichkeit mehr, ausreichende Mengen preiswertes und umweltverträgliches Gas zu bekommen. Wir sind gezwungen, teures Gas zu beziehen, vor allem aus den USA. Dabei werden wir ein Vielfaches des Preises der US-amerikanischen Kunden zahlen, nicht nur wegen der Transportkosten.

Wir sind gezwungen, teures Gas zu beziehen.

Ob aber die Transportkapazitäten ausreichen, ist fraglich. Deutschland will keine langfristigen Verträge mehr machen, da die regierenden Ideologen aus Gas aussteigen wollen. Das trägt ebenfalls zur Preissteigerung bei. Die Gasversorgung und damit der Energie- und Wirtschaftsstandort

Deutschland sowie die Wärmeversorgung sind gefährdet. Eine Preisreduzierung rückt damit in weite Ferne.

Ein führender US-amerikanischer Ökonom, Jeff Sachs, sieht die USA als Saboteur.

Wer steckt vermutlich hinter dem Sabotageakt? Hat Russland womöglich selbst die Pipelines angegriffen?

Dazu fehlen die Beweise. Es liegt näher, dass die USA ihre Finger im Spiel haben. Die US-Amerikaner laufen schon seit Jahren Sturm gegen das deutsch-russische Wirtschaftsprojekt. Der US-amerikanische Präsident Biden hat noch vor Kurzem gesagt, dass er das Projekt stoppen wird. Ein führender US-amerikanischer Ökonom, Jeff Sachs, sieht die USA als Saboteur. Die Frage ist, wem die Sabotage nutzt.



**Steffen Kotré,
Energiepolitischer Sprecher
der AfD-Bundestagsfraktion**

Die Russen haben doch schon mit dem Lieferstopp die Einstellung der Belieferung realisiert. Warum sollten sie nicht zu Recht auf eine vernünftige Bundesregierung hoffen, die die Sanktionen beendet, um dann wieder liefern zu können? Warum sollten die Russen auf ihr Druckmittel Nord Stream 2 verzichten? Nein, es nutzt vor allem den USA, die jetzt horrenden Gewinne mit ihrem Gas erzielen werden. Die USA wollen den Großmächtskonkurrent

WEITER AUF NÄCHSTER SEITE

Russland schon lange schädigen und ein Zusammenwachsen zwischen Europa und Russland verhindern. Brzeziński und die US-Denkfabrik „Rand Cooperation“ haben vor Jahren schon die Ukraine dafür als entscheidenden Faktor ausgewählt. Hinzu kommt, dass der ehemalige Außenminister Polens, Sikorski, mit seiner Danksagung an die USA ebendiese als Urheberin der Terroranschläge darstellt. In der Nähe von Nord Stream sind Verbände der US-amerikanischen Armee gesichtet worden. Mir kann keiner erzählen, dass die USA nicht zumindest mitbekommen haben, was passiert ist. Auch, dass die Bundesregierung recht apathisch bei der Aufklärung agiert, ist merkwürdig. Das scheint ihr nicht gerade wichtig zu sein, ganz im Gegenteil. Und sie baut schon mal vor: Ein Vertreter hat schon anklingen lassen, dass es „schwierig bis unmöglich“ sein wird, die genauen Ursachen und Verantwortlichen festzustellen. So wird dann in feigem Gehorsam vermutlich die USA gedeckt.

Trotz hohen Füllstands ist die Versorgungssicherheit ohne russisches Gas massiv gefährdet.

Wie ist es um die Gasversorgung Deutschlands im kommenden Winter bestellt?

Trotz hohen Füllstands ist die Versorgungssicherheit ohne russisches Gas massiv gefährdet. Selbst volle Speicher bringen uns im Winter maximal zwei bis drei Monate weiter, je nachdem, wie der Winter ausfällt. Denn das Flüssiggas LNG ist in den notwendigen Mengen aufgrund der fehlenden Transportinfrastruktur wohl kaum rechtzeitig zu bekommen. Trotz der Propagandamärchen von Habeck und Co. liefern weder arabische Staaten noch Kanada die gewünschten Mengen. Die Produzenten sind an langfristige Lieferverträge gebunden. Unklar ist auch der Speicheranteil, der exportiert wird. Sollte der Gasverbrauch weiterhin rückläufig sein, dann nur auf Grund des Produktionsrückganges in der Industrie. Das wiederum ist eine weitere Verstärkung der Deindustrialisierung Deutschlands. Eine Insolvenzwellen und Abwanderungswelle beginnt. Die Unternehmen verlieren das Vertrauen auf eine Zukunft in Deutschland. Was jetzt hilft, ist mit den Russen zu verhandeln und die noch intakte Rohrleitung von Nord Stream 2 in Betrieb zu nehmen. Darüber hinaus darf

kein Gas mehr verstromt werden. Deshalb müssen alle verfügbaren und sicheren Kohle- und Kernkraftwerke mit Volldampf ans Netz.

Eine Insolven- und Abwanderungswelle beginnt.

Ist die Verstaatlichung von kritischer Infrastruktur ein Mittel zur Preisreduktion?

Die Verstaatlichung von Uniper und die Quasienteignung der PCK Raffinerie Schwedt ist Ausdruck einer perversen Politik. Der Staat entzieht den Unternehmen mit einer ideologischen Sanktionspolitik die Geschäftsgrundlage, vernichtet den Unternehmenswert und steigt dann billig ein. Im Fall der unter Treuhänderschaft gestellten Ölraffinerie PCK Schwedt hat der grüne Staatssekretär Keller die Katze aus dem Sack gelassen. Er sagte, dass man nun Geschäftsfelder erschließen könne, die mit dem Eigentümer Rosneft nicht zu machen wären. Gemeint ist hierbei die Ersetzung des wettbewerbsfähigen, auch in Zukunft benötigten fossilen Energieträgers Öl durch niemals wettbewerbsfähige Fantasiegespinne wie Wasserstoff und Ähnliches. Die Bundesregierung plant offenbar eine staatsdirigistische Wirtschaftslenkung für ihre „Transformation“. Das zerstört unseren Wohlstand und destabilisiert die Gesellschaft. Eine verantwortungsbewusste Politik hätte nie Energielieferungen sanktionieren dürfen, ohne eine Alternative bereit zu haben.

Was jetzt hilft, ist mit den Russen zu verhandeln.

Die aktuellen Hilfspakete der Bundesregierung basieren vor allem auf Schulden. Wer wird das am Ende bezahlen?

Ich sehe keine Möglichkeit mehr, dass unsere Volkswirtschaft das ausgleichen kann. Die Arbeitsproduktivität stagniert, und das Bruttoinlandsprodukt ist rückläufig. Schlüsselindustrien wie die Automobilbranche werden geschliffen und stattdessen ineffiziente Technologien gefördert. Über die Energieversorgung haben wir schon gesprochen. Der Staatshaushalt wird jedoch ebenso nachhaltig ruiniert, während unter dem Deckmantel des Klimaschutzes eine staatliche Lenkungs- und Planwirtschaft aufgebaut wird, die letztlich den zum Scheitern verurteilten Modellen des real existierenden Sozialismus folgt.



**Stephan Brandner, MdB
Bundestagsabgeordneter**

PROTZIGEN KANZLER-AMTSANBAU VERHINDERN!

Während die Ampel-Regierung an ihren Plänen zum Erweiterungsneubau des Bundeskanzleramts, inklusive auf Stelzen gelagertem Helikopterlandeplatz, Kindergarten und zusätzlicher Kanzlerwohnung, für 777 Millionen Euro festhält, steht für die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fest, dass gerade in der aktuellen Lage Sparen die Devise der Regierenden sein muss.

Auf Stelzen gelagerter Helikopterlandeplatz, Kindergarten und zusätzliche Kanzlerwohnung, für 777 Millionen Euro, während Bürger nicht mehr duschen und im Kalten und Dunkeln sitzen sollen.

Es kann nicht sein, dass wir als Bürger möglichst nicht mehr duschen und im Kalten und Dunkeln sitzen sollen, während Bundeskanzler Scholz auf den Neubau seiner 250 Quadratmeter Dienstwohnung und andere zahlreiche Annehmlichkeiten, die im Kanzleramt entstehen sollen, besteht. Für die AfD-Fraktion steht fest: Der Bau muss zwingend gestoppt werden. Es ist das Gebot der Stunde, als Regierung mit gutem Beispiel voranzugehen und sich auch selbst einzuschränken, statt dies nur immer wieder von uns Bürgern einzufordern.

An wen vermietet die „Howoge“ ihre Wohnungen?

Wohnungen sind knapp – jeder, der auf Wohnungssuche ist, spürt dies am eigenen Leibe.



Foto: AfD-Fraktion



Fast 60.000 Wohnungen in Lichtenberg sind im Eigentum landeseigener Wohnungsunternehmen. Das sind 40 Prozent aller Wohnungen in unserem Bezirk.

Der rot-rot-grüne Senat entscheidet, wer Mieter dieser Wohnungen werden darf: Bevorzugt werden Menschen ohne eigenes Einkommen. Menschen mit eigenem – selbst niedrigem oder mittlerem – Einkommen werden bei der Vermietung von landeseigenen Wohnungen benachteiligt.

Der rot-rot-grüne Senat macht aus seinen Zielen kein Geheimnis – er verkündet diese stolz in seinen Berichten und brüstet sich sogar mit der Übererfüllung der Planvorgaben (<https://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnraumversorgung/download/WVB-Bericht-KoopV2021.pdf> - siehe QR-Code).

Nicht der verwurzelte, arbeitende Bürger ist als Mieter erwünscht, sondern der Transferleistungsempfänger

Der rot-rot-grüne Senat gibt vor, dass sich die Vergabe von landeseigenen Wohnungen an wirtschaftlichen Maßstäben orientiert. Dabei stellt der Senat allerdings die Maßstäbe auf den Kopf: Nicht der in Lichtenberg verwurzelte, arbeitende Bürger ist als Mieter erwünscht, sondern der Transferleistungsempfänger.

Die Vorgaben zur Wohnungsvergabe haben massive Folgen. Der durchschnittliche Wohnungssuchende aus der deutschen Mittelschicht wird bei der Vergabe von landeseigenen Wohnungen nur noch unter „fernerliefern“ berücksichtigt.

Die Folgen dieser rigiden Vergabepolitik sind für jeden Lichtenberger sichtbar: Unsere Nachbarschaft verändert sich. Die angestammte Mittelschicht wird aus den Plattenbauvierteln unseres Bezirkes verdrängt und durch eine neue, arme Schicht ersetzt.

Bevorzugt werden Menschen ohne eigenes Einkommen.

In Lichtenberg stieg die Gesamtzahl der Einwohner von 256.280 (31. Dezember 2011) auf 304.485 (30. Juni 2022). Gefallen ist jedoch die Anzahl der „Einwohner ohne Migrationshintergrund“ von 217.737 (31. Dezember 2011) auf 208.594 (30. Juni 2022). Gestiegen ist stattdessen die Anzahl der „Einwohner mit Migrationshintergrund“ von 38.543 (31. Dezember 2011) auf 95.891 (30. Juni 2022) (*Quelle: www.statistik-berlin-brandenburg.de*). Dies bleibt niemandem verborgen: In den letzten elf Jahren hat sich in Lichtenberg das Verhältnis von „Einwohnern ohne Migrationshintergrund“ zu „Einwohnern mit Migrationshintergrund“ von ca. 5,6:1 auf ca. 2,2:1 verändert.

~FALK RODIG

„Cancel-Culture“ in Lichtenberg: George-Orwell-Schule wird umbenannt

„Neusprech“ in unserem Bezirk?

George Orwell, Autor der bekannten Bücher „Farm der Tiere“ und „1984“, darf nicht länger Namensgeber einer Lichtenberger Schule sein. Die Erinnerung an den prominenten Kritiker des Kommunismus und der totalitären Herrschaft ist für die Linksrünen offenbar nicht mehr erträglich. Wollen sie sich und ihrer Cancel-Culture nicht den Spiegel vorhalten lassen? Die Lichtenberger „George-Orwell-Schule“ musste ihren Namen, den sie seit den 1990er-Jahren getragen hat, jedenfalls

kürzlich abgeben. Die Schule in Friedrichsfelde heißt jetzt „Schule am Tierpark“. Soll den Schülern die Auseinandersetzung mit den Werken Orwells vorenthalten werden? Eine offizielle Erklärung dafür gibt es nicht. Es sei im Rahmen eines „Beteiligungsprozesses“ geschehen, heißt es. Eine bessere Bezeichnung hätte sich wohl auch George Orwell, der solche Formulierungen in seinem Roman 1984 „Neusprech“ nannte, dafür nicht ausdenken können.

~PM



Foto: stock.adobe, William

Übersetzung: „Wenn Freiheit überhaupt eine Bedeutung hat, dann bedeutet es das Recht, den Menschen zu sagen, was sie nicht hören wollen“ - George Orwell

Sportvereine und Schwimmbäder unterstützen!

Falsche Corona-Maßnahmen – und nun die Energiekrise



Foto: AfD-Fraktion, Karsten Woldeit

Die Energiekrise hat viele Gesichter. Jeder Haushalt leidet unter gestiegenen Preisen für Energie. Strom und Gaspreise schießen immer weiter in die Höhe, die Nachzahlungsforderungen werden viele Menschen im Jahr 2023 hart treffen. Dazu kommen die hohen Preise für Diesel und Benzin.

Diese fatale Entwicklung betrifft auch die Sportvereine. Nachdem die Sportvereine bereits zwei Jahre unter falschen Corona-Maßnahmen zu leiden hatten und Hunderte Mitglieder verloren haben, kommt nun die Energiekrise dazu.

Schwimmbäder und Traglufthallen stehen vor kaum zu bewältigenden Herausforderungen.

Viele Sportvereinsmitglieder können ihre Mitgliedsbeiträge nicht mehr zahlen. Energieintensive Einrichtungen wie Schwimmbäder und Traglufthallen stehen vor kaum zu bewältigenden Herausforderungen. Eine Debatte um die mögliche Schließung von Schwimmbädern ist bereits voll im Gange; Saunen sind größtenteils geschlossen. Zwei Jahre Corona hatten zur Folge, dass bereits mehr als ein Drittel der acht- bis neunjährigen Kinder nicht schwimmen können. Viele weitere Kinder und Jugendliche haben nur geringe Schwimmfähigkeiten. Badetote sind die

Folge. Eine Schließung der Schwimmbäder würde diesen Umstand noch weiter verschlimmern.

Im Sportausschuss und im Parlament setzt sich die AfD dafür ein, dieser fatalen Entwicklung entgegenzutreten. Im Oktober wurde zudem ein AfD-Antrag zur Offenhaltung der Schwimmbäder im Plenum eingebracht. Einer vollkommen verfehlten Coronapolitik darf nicht eine weitere verfehlte Energiepolitik folgen – schon gar nicht zu Lasten der Berliner Kinder. Stattdessen müssen die Bäder geöffnet bleiben. Schwimmkurse sind sogar verstärkt anzubieten – ganz besonders für Kinder aus sozial schwachen Familien.

Sportvereine und Schwimmbäder müssen offen sein, unsere Kinder müssen schwimmen können. Alles andere wäre ein Armutszeugnis.



Foto: stock.adobe.com, H_Ko

„Wir sind die Hauptstadt. Unsere Sportvereine und unsere Schwimmbäder müssen offen sein. Und unsere Kinder müssen schwimmen können. Alles andere wäre ein Armutszeugnis ohnegleichen für unsere Stadt“, erklärt Karsten Woldeit, sportpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin.

~KARSTEN WOLDEIT

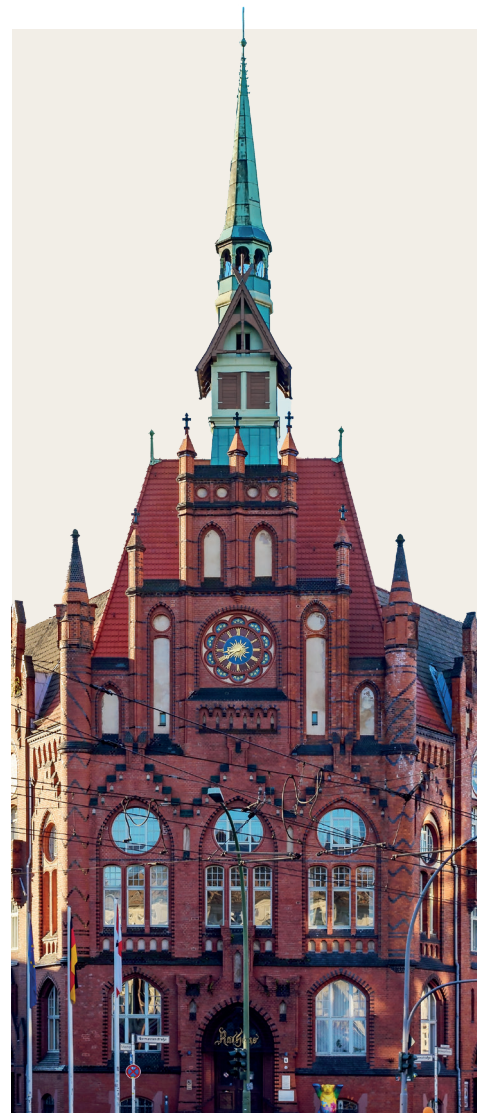


Foto: stock.adobe.com, ehenart

Lange Wartezeiten beim Bürgeramt Lichtenberg

Nach Pressemeldungen müssen Bürger durchschnittlich 31 Tage von der Buchung bis zu einem Termin beim Bürgeramt Lichtenberg warten.

Dietmar Drewes, Fraktionsvorsitzender der AfD in der BVV Lichtenberg, erklärt dazu:

„Es ist unzumutbar, dass die Lichtenberger 31 Tage auf einen Termin beim Bürgeramt warten müssen. Der linke Bezirksbürgermeister Michael Grunst muss endlich für die Missstände im Bürgeramt die Verantwortung übernehmen und das Personal massiv aufstocken.“

~PM



Wird Deutschland an die Wand gefahren?

Terroristische Anschläge, Impfstoff-Experimente an unserer Nation



Foto: stock.adobe.com, komatibek, und stockphoto.gref

Die Frage könnte auch lauten: Sind wir noch zu retten? Ich bin mir da nicht sicher. Aber wie steht es um die AfD? In der Echokammer des Mainstreams findet die AfD keinen Widerhall und wird in der öffentlichen Wahrnehmung als kritisches Element kaum zur Kenntnis genommen. Wenn doch, dann nur bruchstückhaft und möglichst in negativer Darstellung.

Seitens der überwiegenden Anzahl der Journalisten als sogenannte Meinungsmultiplikatoren ist in absehbarer Zeit wohl kein Gesinnungswandel zu erwarten. Selten ein kritischer Kommentar in den einschlägigen "Qualitätsmedien"; als Kontrollinstanz versagen sie somit völlig. Sie haben sich dem Staat unterwürfig angedient – politische Hofberichterstattung hat Konjunktur.

Migration kann die Probleme in den Herkunftsländern nicht lösen, schafft aber neue Probleme in den Zielländern.

Das Thema Migration wird überwiegend ausgeblendet. Mit gesellschaftlichen Konflikten ist fast täglich zu rechnen, wenn Menschen aus außereuropäischen Kulturen einwandern, sich einer muslimischen Glaubensrichtung und zudem auch noch der Scharia verpflichtet fühlen. Die Einführung von Grenzkontrollen und Durchsetzung der Asylgesetze wäre der zwingend notwendige Weg zum Stopp der grundgesetzwidrigen Masseneinwanderung. Migration kann die Probleme in den Herkunftsländern nicht lösen, schafft aber neue Probleme in den Zielländern. Belastung der Sozialsysteme, Finanzierung durch Steuergelder, Ausschreitungen und terroristische Anschläge einhergehend mit dem Verlust der inneren und äußeren Sicherheit – all das findet kaum den Weg in die öffentliche Berichterstattung.

Hinzu kommt die desaströse Wirtschaftspolitik, die ihren Anfang nahm mit dem Ausstieg aus der Kernenergie und weitergeführt wird von einem Wirtschaftsminister, der täglich seine Inkompetenz zur Schau trägt, wobei der Rest der ministrablen Gauklertruppe dem in nichts nachsteht. Allen voran ein Gesundheitsminister, der mit seinem fast schon fanatisch anmutenden Impf- und Mundschutzdiktat eine ganze Nation in Geiselhaft nimmt. Experimente an Mensch und Tier wurden in der Vergangenheit von Medizinern oft vorgenommen. Die gegenwärtigen Impfkampagnen mit nur bedingt zugelassenen Impfstoffen und ihren nachweislich verheerenden Nebenwirkungen für die Gesundheit vieler gleicht ebenso einem Experiment und ist höchst unverantwortlich. Heute tummeln sich die Befürworter dieser Genexperimente in den Talkshows – unfassbar.

Die aktuellen Ereignisse, vor allem in der Außenpolitik, lassen nicht viel Spielraum für einen optimistischen Blick in die Zukunft. Deshalb ist es dringender denn je, die Bevölkerung über die gesellschaftlich-politischen Verwerfungen in diesem bisher am schlechtesten regierten Deutschland informativ aufzuklären. Es ist also höchste Zeit, dass die AfD informativ, aufklärend und so mit einem positiven Image versehen in das Bewusstsein der Bevölkerung vordringt. Der vorliegende "Blauer Bote" wäre somit

ein hervorragender Indikator, denn die wenigsten schauen sich die Reden der AfD-Vertreter im Bundestag und den Länderparlamenten an – jederzeit über YouTube abrufbar. Dort ist das "demokratische" Gebaren der Vertreter der anderen Parteien sehr schön anzusehen, allen voran die Grünen. Sachbezogener Meinungsaustausch – Fehlanzeige. Kritik wird als Hassrede und mit Attributen wie rechtsextrem und menschenverachtend abgetan. Der oft bemühte Populismus-Vorwurf dient somit als demagogischer Ersatz für Argumente und wird benutzt, um zu stigmatisieren und auszugrenzen: **„Je weiter sich eine Gesellschaft von der Wahrheit entfernt, desto mehr wird sie jene hassen, die sie aussprechen“** (ORWELL). Und auch PLATO (427-347 v. Chr.) wusste schon: **„Diejenigen, die zu klug sind, um sich in der Politik zu engagieren, werden dadurch bestraft, dass sie von Leuten regiert werden, die dümmer sind als sie selbst“**. Wer also den Mut zur Wahrheit hat und kritische Gedanken äußert, der wird politisch und sozial ausgegrenzt.

Wir erleben einen Gesundheitsminister, der mit seinem Impf- und Mundschutzdiktat eine ganze Nation in Geiselhaft nimmt.

Zu sehen an Beispielen der Politiker Sarrazin und Maassen, Künstlern wie Steimle, Ärzten wie P. Brandenburg und weiteren Persönlichkeiten quer durch alle Gesellschaftsschichten. Aktuell sind es sowohl Corona-Impfskeptiker aus dem gesamten Bevölkerungsspektrum als auch ein großer Anteil renommierter Ärzte, die die umfassende medizinische Wirkung der verschiedenen Impfstoffe in Frage stellen. In Sorge um eigene berufliche Nachteile bezeugen nur wenige Berufskollegen ihre Solidarität mit den Geächteten. Eine Unterdrückung kritischen Gedankenguts und Zensur führen zur Demontage der Demokratie und somit unweigerlich in eine Diktatur. Der Grad der Demokratie lässt sich auch daran erkennen, wie der Staat mit seinen Kritikern umgeht. **„Schwierigkeiten werden nicht dadurch überwunden, dass sie verschwiegen werden“** (BRECHT).

Bleibt für uns die Frage:

Quo vadis Germania?

~PETER BÜRGER

„Vietnam-Siedlung“: Begrüntes Wohnen statt Betonwüste!

AfD fordert Überarbeitung des Bebauungsplans Gehrenseestraße / Wollenberger Straße



AfD-Fraktion Berlin-Lichtenberg (v.l.n.r.) Sebastian Faetke, Uwe Dinda (Stellv. Fraktionsvorsitzender), Dietmar Drewes (Fraktionsvorsitzender), Heribert Eisenhardt, Wolfgang Hennig, Gisela Starke

Das Bezirksamt hat eine Große Anfrage der AfD in der BVV Lichtenberg beantwortet und die Bezirksverordneten der AfD sind entsetzt, was für ein lebensfeindlicher Entwurf von der Belle Époque GmbH und der landeseigenen Howoge Wohnungsbaugesellschaft für das Quartier an der Gehrenseestraße / Wollenberger Straße vorgelegt wurde.

Mehrere Tausend Menschen sollen in einer unzumutbaren Dichte aufeinander

wohnen. „Der Plan eines Auto-armen Quartiers hört sich besser an, als er ist, denn die Bewohner werden ihre Autos dann im Umfeld des Quartiers parken und dort die Parkplatzsituation weiter verschärfen. Dringend nötige Grünflächen planen die Investoren gar nicht erst ein. Sie wollen diese finanziell ausgleichen. Das heißt im Klartext: Sie wollen sich von der Verantwortung für ein lebenswertes Wohnumfeld freikaufen“, erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende Dietmar Drewes. Zu so einem positiven Umfeld gehört auch ein Konzept für den öffentlichen Nahverkehr und der Brückenschlag zum historischen Dorfkern – beides fehlt jedoch im Plan der Investoren, so Drewes.

Lichtenberg kann Vorreiter werden

Die AfD-Fraktion will das urbane Quartier optisch hervorheben und für die Bewohner attraktiver machen. Der geplante Wohnturm soll mit einer Vielzahl von Pflanzen eine grüne Fassade erhalten, und zwar auf allen vier Seiten, nach dem Vorbild des Green-Tower in Mailand. Dann könnte dieser Wohnturm sogar noch höher ausfallen und einen zweiten neben sich dulden. „Die geplanten Blockbauten

wären überflüssig, weil genug Wohnraum entstünde. Auf den freibleibenden Flächen finden die fehlenden Grünanlagen und ein komfortabler Schulbau ihren Platz.

Mehrere Tausend Menschen sollen in einer unzumutbaren Dichte aufeinander wohnen.

Das Errichten begrünter Wohntürme ist noch neu, erfordert mehr Kapital und auch mehr Aufwand in der Unterhaltung, bietet aber auch einen größeren Komfort. Zudem haben wir es mit hitzeresistenten, klimafreundlichen Bauwerken zu tun“, betont die AfD-Bezirksverordnete Gisela Starke. Zahlungskräftige und finanziell schwache Mieter können davon profitieren, wie ein Beispiel aus Holland zeigt. In Berlin ist diese Bauweise noch nicht angekommen. „Lichtenberg kann Vorreiter werden beim Modellbau mit grünem Hitzeschutz. Die Bundesbauministerin kündigte bereits an, Projekte mit Fassadenbegrünung fördern zu wollen“, freut sich Starke, „Für die zukünftigen Bewohner kann man nur hoffen, dass die anderen Parteien und das Lichtenberger Bezirksamt diese durchdachten Vorschläge der AfD-Fraktion aufgreifen und umsetzen.“

~PM

Suchtberatung Hohenschönhausen erhalten!

Man kann eine vertraute Umgebung bei einer suchtkranken Person nicht einfach verändern

Ob Alkohol, Magersucht, harte Drogen, Medikamente oder krankhaftes Glücksspiel – die Suchtberatung Hohenschönhausen berät suchtkranke Menschen und deren Angehörige, Freunde und Kollegen.

Das Bezirksamt Lichtenberg will jedoch Teile des Gebäudes in der Oberseestraße anderweitig nutzen. Damit ist die etablierte Beratungsstelle, der viele Bürger eine gute Arbeit bescheinigen, in ihrer Existenz gefährdet. „Die Mitarbeiter der Suchtberatung Hohenschönhausen leisten seit vielen Jahren eine ganz hervorragende Arbeit. Die Tages- und Werkstatt im Untergeschoss des Gebäudes ist für viele Suchtkranke eine wichtige Anlaufstelle, die ihnen Halt gibt und dabei hilft, den Tages- und Wochenab-



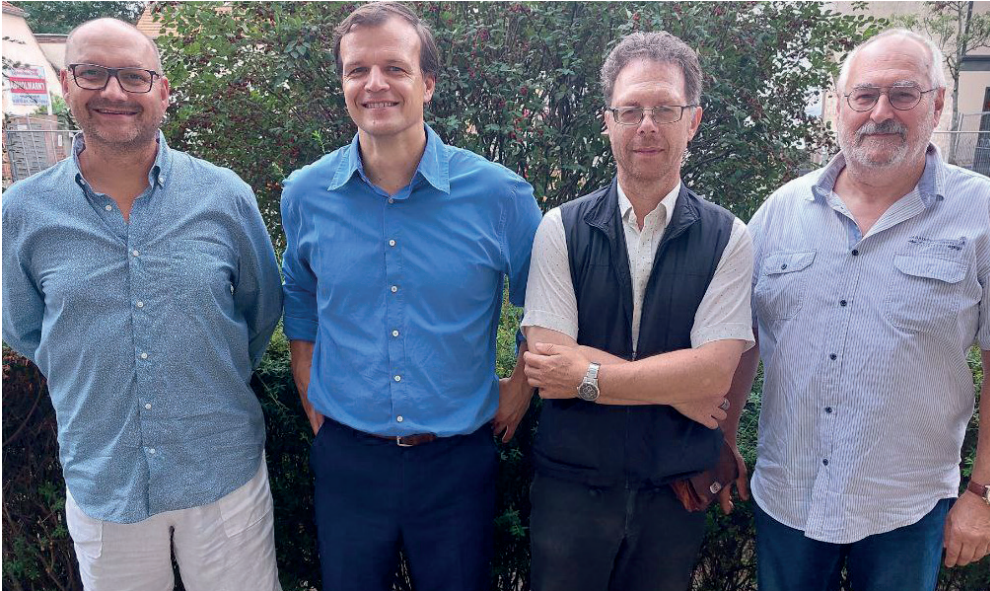
Foto: stock.adobe.com, Purnmezz

lauf sinnvoll zu strukturieren“, betont Gisela Starke, sozialpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion in der BVV Lichtenberg.

Die Beratungsstelle, der viele Bürger eine gute Arbeit bescheinigen, ist in ihrer Existenz gefährdet.

Eine solche Beratungsstelle für Suchtkranke ist nicht einfach beliebig verlegbar. Sie hat in Lichtenberg ihren Platz gefunden und muss dort auch erhalten bleiben, mit all ihren Einrichtungen, so Starke, die der Beratungsstelle ihre Unterstützung zusichert.

~PM



Einige Mitglieder des Bezirksvorstands AfD-Lichtenberg (v.l.n.r.)
 Andrey Gebauer, Falk Rodig, Heribert Eisenhardt, Dietmar Drewes

Erfolg der AfD: Weg mit der Gender-Fahne!

Kritik an der Polit-Propaganda der Linken führte zum Erfolg

Nach mehrmaliger Intervention der AfD-Fraktion hat die Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg, Kerstin Zimmer von der Linkspartei, die linke Gender-Fahne im Sitzungssaal abgehängt. „Die AfD protestierte gegen die Polit-Propaganda der BVV-Vorsteherin Zimmer. Gerade in dieser Position hätte sie politisch neutral sein müssen. Tatsächlich hängt die Politikerin der Linken bei BVV-Sitzungen eine Regenbogen-Fahne, eine LGBTQ-Pride-Flagge und eine Fahne mit afrikanischen Motiven vor ihrem erhöhten Präsidiumstisch in der Max-Taut-Aula auf“, so Uwe Dinda, Mitglied der AfD-Fraktion. Die Begründung: Man könne ihr „sonst unter den Rock schauen“. „Da hätte sie doch einfach eine Hose anziehen können!“, meint Dinda. „Stattdessen verletzte Zimmer die Würde des Hauses und machte die Sitzung

des Bezirksparlaments, das immerhin 300.000 Lichtenberger vertritt, zu einer linken Propaganda-Show.“ Die AfD hatte als einzige Partei dagegen protestiert. „Mein Eindruck ist, dass sich die anderen Parteien lieber am Nasenring durch die Max-Taut-Aula führen lassen, als die Polit-Propaganda der Linken zu kritisieren“, so Dinda, der bei der CDU opportunistische Gründe vermutet: „Das hängt meiner Meinung nach damit zusammen, dass mit Martin Schaefer ein CDU-Stadtrat in der linken Bezirksregierung ganz am Rande mitspielen darf.“ Stichwort Stadtrat: „Der Stadtratsposten, welcher der AfD zusteht, ist bis heute nicht mit einem AfD-Politiker besetzt worden. Die anderen Parteien verweigern seine Wahl. Stattdessen hängen sie lieber linke Propaganda-Fahnen auf“, erklärt Dinda kopfschüttelnd.

~PM

Mitreden, Mitwirken, Mitglied werden



Wenn auch Sie dabei sein wollen,
dann fordern Sie Ihren Mitglieds-
antrag an oder füllen diesen direkt
online aus:
afd.de/mitglied-werden

**„Wir für Euch.
Ihr für Uns.“
Informieren Sie
sich über unsere
Arbeit:**

Informieren Sie sich über uns auf
unserer Website und auf Facebook:



lichtenberg.afd.de



facebook.com/wirhierinlbg

Nehmen Sie Kontakt auf:

Bürgersprechstunde im Büro der AfD-Fraktion

Raum Nr. 9 im Rathaus
Lichtenberg, Möllendorffstr. 6, 10367
Berlin

Dienstag: 10:00 bis 12:00 Uhr

Mittwoch: 16:00 bis 18:00 Uhr

Telefon **030 - 2246 0010**

Telefon **030 - 90296 3190**

Fax 030 - 2246 0004

IMPRESSUM

Herausgeber Alternative für Deutschland,
Bezirksverband Lichtenberg,
Kurfürstenstrasse 79, 108787 Berlin

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
Falk Rodig

E-Mail info@afd-lichtenberg.de

**Namentlich gezeichnete Texte stehen
speziell für die Auffassungen und
Meinungen der Autoren.**

